

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP

Gewalttaten und anhaltende Ausschreitungen in Berlin und anderen Städten im Zuge der Räumung eines besetzten Hauses („Liebig 14“)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Kai Wegner für die Unionsfraktion.
(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Kai Wegner (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gewaltexzesse und Straftaten zu Beginn dieses Monats in Berlin im Zusammenhang mit der Räumung eines besetzten Hauses in der Liebigstraße 14 in Friedrichshain sollten uns allen Sorge bereiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Guter Einstieg!)

Während die Zahl politisch motivierter Gewaltstraftaten aus dem rechten Spektrum – auf einem viel zu hohen Niveau – insgesamt rückläufig ist, zeichnet sich ab, dass die Zahl der Gewaltdelikte aus der linken Szene deutlich zunimmt. Laut Verfassungsschutzbericht haben wir eine Steigerung von über 59 Prozent im Jahr 2009 erleben müssen. Daher begrüße ich es ausdrücklich, dass die Bundesregierung die Sicherheitsbehörden angewiesen hat, sich künftig verstärkt auch um die linksextreme Szene zu kümmern und dem Linksextremismus unter anderem mit Schulungsprojekten entgegenzuwirken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eine Demokratie darf ihren Feinden gegenüber nicht blind sein, weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge. Gewalt darf nie als Mittel der politischen Auseinandersetzung akzeptiert werden. Zu diesem gesellschaftspolitischen Konsens rufe ich alle demokratischen Parteien in diesem Hause, aber auch unsere gesamte Zivilgesellschaft auf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten
der FDP)

Wir hatten zur Zeit der Großen Koalition hier im Hause einen Konsens bei der Verurteilung rechtsextremer Straftaten. Ich bedauere zutiefst, dass es einen solchen Konsens offensichtlich bei linksextremen Straftaten nicht gibt.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie kommen Sie denn darauf?)

– Herr Wieland, das sage ich Ihnen gleich. – Gerade in der Stadt Berlin, in der nicht Sie, Herr Wieland, regieren, sondern ein roter Senat unter Beteiligung der Linkspartei, wird das Versagen im Kampf gegen linke Gewalt besonders deutlich.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Aha!)

Die Liebigstraße 14 steht symbolisch für die stetig steigende Gewalt von Linksextremen in dieser Stadt.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Sie haben
keine Ahnung, wie immer!)

Kriminelle, die unter dem Deckmantel der vermeintlich alternativen Wohnform Rechtsbruch begehen und an den Grundfesten unserer rechtsstaatlichen Ordnung rütteln, wollen rechtsfreie Räume durchsetzen und nehmen dabei schwere, ja sogar lebensbedrohliche

Verletzungen von Polizistinnen und Polizisten in Kauf. Dem muss der Rechtsstaat mit Entschlossenheit entgegentreten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der SPD: Das ist richtig!)

Der Berliner Senat sowie SPD und Linke sind beim Umgang mit diesen Vorgängen tief gespalten.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Gar nicht!)

– Doch! – Vertreter der Linken sympathisieren offen mit der Hausbesetzerszene. Sie schlagen sich auf die Seite derer, die erworbenes Eigentum in Schutt und Asche legen, nämlich auf die Seite der Hausbesetzer. Lieber Herr Liebich, ich habe des Öfteren relativ wenig Verständnis für die Aussagen der Bundesvorsitzenden Ihrer Partei, Gesine Löttsch. Wenn sich Frau Löttsch nun auf die Seite der Hausbesetzer stellt

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Es waren Bewohnerinnen und Bewohner!)

und, nachdem die rot-rote Landesregierung die Räumung dieses Hauses veranlasst hat, erklärt, dass sie den Polizeieinsatz bedauert, dann ist das ein politisch falsches Verhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube: Es ist nicht zu bedauern, dass die Polizei Recht durchgesetzt hat. Vielmehr ist es zu bedauern, dass es viel zu viele verletzte Polizistinnen und Polizisten gab; die Beamten und ihre Familien sind zu bedauern, nicht die Straftäter, die ein Haus besetzt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Es waren Bewohnerinnen und Bewohner!)

Die Ausschreitungen im gesamten Stadtgebiet und auch in anderen Städten der Republik sind zu bedauern. Die Steuerzahler sind ebenfalls zu bedauern; denn sie müssen die Kosten tragen, die durch die sinnlosen Gewaltexzesse einiger Krimineller entstanden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Wieland, auch die Rolle der Grünen muss hinterfragt werden. Die Gewerkschaft der Polizei sagt, Herr Ströbele trage „eine Mitverantwortung für diese Gewaltausbrüche“. Das hat nicht die CDU/CSU oder die FDP gesagt, sondern die Gewerkschaft der Polizei. Der grüne Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Franz Schulz, sympathisiert offen mit den Krawallmachern und kritisiert das Vorgehen der Polizei. Er müsste es doch besser wissen, denn er wird von Linksextremen in der Stadt bedroht und benötigt den Schutz der Polizei. Hier zeigen sich die zwei Gesichter der Grünen. Ja, Herr Wieland, es gab viele Grüne, deren Worte sehr vernünftig waren

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Praktisch alle!)

und die gesagt haben, dass die Räumung rechtmäßig war. Diese haben darauf gedrungen, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Es gibt aber auch ein zweites Gesicht der Grünen. Die Grünen müssen sich schon entscheiden: Akzeptieren sie das Gewaltmonopol des Staates? Sind sie gegen jede Form von Gewalt oder tolerieren sie diese? Die

Grünen in dieser Stadt müssen sich endlich entscheiden. Ich habe das Gefühl, dass da einige Fragen noch offen sind.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur bei Ihnen!)

Berlin ist eine moderne und vielfältige, eine liberale und tolerante Stadt. Dafür steht Berlin; das zeichnet Berlin aus. Aber auch in Berlin müssen Sicherheit und Recht durchgesetzt werden. Auch das gehört zu einer Hauptstadt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Wegner, achten Sie bitte auf die Zeit.

Kai Wegner (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Die Menschen erwarten Freiheit und Sicherheit. Um diese Güter zu gewährleisten, sind unsere Polizistinnen und Polizisten da. Zum Abschluss möchte ich mich ganz herzlich bei den Polizistinnen und Polizisten für ihren besonnenen und konsequenten Einsatz bedanken. Lieber Herr Ströbele, sie tragen keine Schuld an der Eskalation. Sie haben konsequent und besonnen gehandelt. Hierfür gilt ihnen unser ganz besonderer Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sehen wir auch so!)

Herzlichen Dank der Berliner Polizei und den Unterstützungskräften.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Wolfgang Gunkel für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Wolfgang Gunkel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts der letzten Worte meines Vorredners musste ich ein wenig darüber schmunzeln, dass hier ausdrücklich dem Kollegen Ströbele für sein Wirken gedankt wird.

(Kai Wegner [CDU/CSU]: Der sollte nur zuhören!)

Nichtsdestotrotz verwundert und erstaunt es mich, dass ausgerechnet vonseiten der CDU/CSU-Fraktion und der FDP zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde anberaumt worden ist.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Patrick Kurth
[Kyffhäuser] [FDP]: Ist ja nichts gewesen! Alles
ganz normal!)

Weil Sie jetzt so schön dazwischenrufen: Man kann vor Wahlen natürlich immer ein bisschen Politikklamauk betreiben. Immerhin stehen einige Wahlen an. Es ist aber grundverkehrt, diese Situation zum jetzigen Zeitpunkt dazu auszunutzen, den Links- und Rechtsextremismus als eine Gefahr für Deutschland zu skizzieren. Zur Rechtslage möchte ich zunächst Folgendes sagen: Weder handelt es sich bei „Liebig 14“ um ein besetztes Haus

(Beifall bei der LINKEN)

noch war es eine Maßnahme, die von der Polizei initiiert worden ist. Es ging stattdessen darum, dass in einem ehemals besetzten Haus die Wohnverhältnisse durch Mietverträge legalisiert worden waren. Wer in die Berliner Geschichte zurückblickt, der weiß, dass nach einigem Hin und Her in den 80er-Jahren – die „Berliner Linie“ hatte für sozialen Frieden gesorgt – etwa Mitte der 1990er-Jahre die Häuser legalisiert wurden; das heißt, die dort lebenden Menschen haben Mietverträge bekommen und seitdem legal dort gewohnt. Auslöser für den aktuellen Konflikt war eine Streitigkeit mit dem neuen Vermieter, der das Haus im Jahr 1999 gekauft hat. Gegen die Mietersituation im Haus ist er zunächst mit Umbauten vorgegangen und hat daraufhin ein Gerichtsverfahren in die Wege geleitet. Dadurch wollte er erreichen, dass die Leute das Haus verlassen sollten. Dieser Rechtsstreit zog sich bis vor kurzem hin. Ein Gericht hat dann eine Entscheidung gefällt und einen vollstreckbaren Titel erteilt. Diesen Titel hatte ein Gerichtsvollzieher umzusetzen. So ist das nun einmal in unserer Rechtsordnung. Jeder, der die Situation vor Ort kennt, weiß, dass der arme Mann natürlich nicht alleine dort hingehen konnte; darum wurde durch die Polizei Vollzugshilfe geleistet.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Warum denn eigentlich nicht?)

– Er kann das wohl kaum leisten, weil die Leute das Haus nicht freiwillig verlassen wollen.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Ach so! –
Stephan Mayer [Altötting] [CDU/CSU]: Also keine Besetzung?)

– Nein, das Haus ist nach wie vor nicht besetzt; die Leute sind nach wie vor Mieter. Sie müssen aber aufgrund des Räumungstitels das Haus räumen. Die Polizei hat also Amtshilfe bzw. in diesem Fall Vollzugshilfe geleistet und die entsprechenden Maßnahmen getroffen. Weil Sie so schön dazwischenrufen: Sie können anhand dieses hervorragend vorbereiteten, durchgeführten sowie nachbereiteten Einsatzes der Berliner Polizei lernen, wie man verhältnismäßig vorgeht. Das gilt insbesondere im Hinblick auf Ihr Auftreten bei Stuttgart 21.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie
bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE
GRÜNEN)

Da wurde gegen friedliche Bürger, Kinder, Studenten und andere mit Maßnahmen vorgegangen, die zur Erblindung eines Menschen geführt haben. Hier sind ganz andere Leute auf der Straße gewesen, die die Polizei entsprechend eingedeckt haben. Wenn man es spaßig beschreiben will, kann man sagen: Da wurde mit Papierkügelchen geworfen, hier aber wurde richtig Rambazamba gemacht. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Die Berliner Polizei hat mit den Unterstützungskräften der Bundespolizei und auch der Länderpolizei wirklich eine ordentliche Leistung hingelegt und die Angelegenheit unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit gelöst.

(Beifall bei der SPD – Christian Lange [Backnang]
[SPD]: Das ist der Unterschied zu Stuttgart!)

Sie wollen dem Volk doch nur erzählen, im Berliner Senat sei niemand in der Lage, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD – Kai Wegner [CDU/
CSU]: Die Frage kann man doch stellen!)

Ich muss Sie doch sehr bitten! Für wie dumm halten Sie denn die Anwesenden?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE
GRÜNEN)

Der Berliner Senat hat in ganz konkreten Vorgaben dargelegt – auch die Linkspartei hat sich dem angeschlossen –, die Angelegenheit werde so friedlich wie möglich gelöst. Genau das ist auch geschehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie
bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE
GRÜNEN)

Im Endergebnis wurde dem Hauseigentümer sein Haus übergeben. Ich kann nicht verstehen, was man in dieser Aktuellen Stunde in den Vordergrund stellen will. Für mich als alter Berliner ist das kalter Kaffee. Sie buddeln hier eine Geschichte aus, die etwa 30 Jahre zurückliegt. Der Kollege Ströbele war damals schon dabei.

(Heiterkeit bei der SPD)

Er stand mir öfter mal gegenüber. Dass er seine Meinung nicht ändern wird, ist doch wohl klar.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN]: Sie waren auch dabei, Herr Kollege
Gunkel!)

– Ja, auch ich, aber auch Frau Künast.

(Lars Lindemann [FDP]: Da waren Sie ja alle
dabei!)

Sie hat damals als Vorsitzende der AL sogar die Koalition von Rot-Grün wegen einer Häuserräumung platzen lassen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN]: Drei Häuser, bitte schön!)

Der Wandel, dem sich die Grünen unterzogen haben, ist schon erstaunlich, lieber Kollege Wieland.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN]: Wir machen heute Geschichtsstunde! –

Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Schön, dass
Sie das alles laut sagen!)

Da Frau Künast jetzt als Bürgermeisterin kandidiert, ist klar, dass sie heute eine andere Haltung einnehmen muss. Lassen Sie mich zusammenfassend sagen, dass dies keine Aktuelle Stunde, sondern eine Märchenstunde ist. In diesem Sinne: Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie
bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE
GRÜNEN – Stefanie Vogelsang (CDU/CSU):
Wir werden den Polizisten in Baden-Württemberg

sagen, dass Sie das für „Papierkügelchen“ gehalten haben!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Kurth hat für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Gunkel, Sie sprachen von „kalter Kaffee“ und „Märchenstunde“.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, die haben wir hier!)

100 Polizisten wurden verletzt, 99 Personen festgenommen, Sachschaden in Millionenhöhe und ein über 4 Stunden dauernder Einsatz, der wahrscheinlich weitere Millionen gekostet hat – das ist die Bilanz des 2. Februar. Das ist keine „Märchenstunde“, das ist kein „kalter Kaffee“, das ist Berlin.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lachen bei der SPD – Mechthild Rawert [SPD]: Sie wohnen hier! Vergessen Sie das nicht! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Nun machen Sie Berlin mal nicht schlecht! Es ist unglaublich, wie Sie mit der Stadt umgehen! Da muss man sich ja schämen!)

Worum ging es hier? Es ging um eine Selbstverständlichkeit in einem Rechtsstaat. Es ging um den Schutz von Eigentum. In diesem Land wird Eigentum respektiert. Es wird nicht nur respektiert, es wird auch verteidigt. Eigentum ist nicht nur grundsätzlich vor staatlichem Zugriff geschützt, sondern eben auch vor unrechtmäßigem privaten Zugriff.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Eigentum verpflichtet!)

Wir Liberale stehen dafür, dass der staatliche Einfluss da, wo es möglich ist, zurückgenommen wird. Bei solchen Dingen muss man aber konsequent vorgehen. Hier geht es nicht um Versammlungsfreiheit oder Ähnliches. Die Berliner FDP hat dazu richtigerweise Stellung bezogen – Zitat –: Die Freiheit des Einzelnen endet ... dort, wo mit Gewalt rechtswidrig in die Rechte Dritter eingegriffen wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was auffällt, ist, dass sich immer wieder eine bestimmte Richtung für diese Straftaten verantwortlich zeigt. Was man nicht oft genug wiederholen kann, ist, dass die Gewalttaten aus der linksextremen Szene klar verurteilt werden müssen, und zwar von allen in diesem Hause.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Angriffe auf Polizisten, Beschädigung von Geschäften, Zerstören von Einrichtungen, Anzünden von Autos – all diese Taten in Berlin und im Rest der Republik sind durch nichts zu rechtfertigen. Das ergibt sich nicht nur aus dem grundsätzlichen Schutz des Eigentums, sondern ganz konkret auch aus dem Umstand, dass linke Gewalttaten einfache Menschen treffen: Ladengeschäfte gehören keinen Superreichen; die Zerstörung von Einrichtungen und abgebrannte Autos treffen keine Superreichen. Betroffen sind vielmehr ganz normale Versicherungsnehmer. Gewalt gegen Polizisten bedeutet verletzte Familienväter, bedeutet bedrohte Töchter und Frauen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

An dieser Stelle richte ich deshalb meinen herzlichen Dank an die vielen Menschen, die einen schweren Dienst verrichten, um den Rechtsstaat zu verteidigen: an die Polizisten, die Mitarbeiter der Verwaltung und die Ordnungsbeamten. Ihnen gilt unser Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die linksextreme Gewalt ist durch nichts zu rechtfertigen. Man vermisst, leider auch in dieser Diskussion, klare Worte der Opposition dazu. Man fragt sich schon, welche Vorstellung Menschen aus der linksextremen Szene vom gesellschaftlichen Zusammenleben haben. Leben auf Kosten anderer? Nehmen, was ihnen nicht zusteht? Zerstören, was ihnen in die Quere kommt? Und diese Straftaten sollen am Ende auch noch politisch geadelt werden? Ich hoffe, das gesamte Haus verurteilt solche Gewalttaten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Worum ging es im konkreten Fall? Um ein Kulturprojekt, um eine moderne Form des Lebens oder Ähnliches? Die *Berliner Zeitung* fragte: Warum eigentlich nochmal hätten „wir alle“ uns gerade jetzt mit den Bewohnern der Liebigstraße 14 solidarisch erklären sollen? In welcher Hinsicht geht ihre Renitenz, ihr Kampf, ihr künstlerischer und kreativer Einsatz „uns alle“ an? Welcher politische Wille verbindet sich mit diesem Projekt? Welche Vision einer Stadt steckt dahinter? Mit welcher Form von Kultur wollten die Bewohner dieses Hauses ihre Umgebung bereichern, herausfordern, beglücken? Man weiß es nicht. Auf alle diese Fragen haben die Bewohner der Liebigstraße 14 keine Antwort gegeben. Wenn man darauf hinweist, hierbei habe auch der Eigentümer eine Verantwortung, dann werden tatsächlich Ursache und Wirkung verdreht.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Sie haben keine Ahnung von dem Eigentümer!)

Die Räumung der Liebigstraße 14 wurde mehrfach gerichtlich bestätigt. Das ist ein Rechtsstaatsgrundsatz. In einem Rechtsstaat entscheiden letztlich Gerichte. Dass man nun gegen die Eigentümer vorgehen will, sie politisch diffamieren will, nur weil sie auf ihr Recht beharren, das ist wirklich fraglich. Meine Damen und Herren, die Linke in Person von Frau Löttsch gießt auch noch Öl ins Feuer und erklärt witzigerweise, der Berliner Senat trage die Verantwortung für diesen Konflikt, ganz so, als säße die Linke überhaupt nicht im Senat und hätte damit überhaupt nichts zu tun. Die Linkspartei drückt sich wie immer vor ihrer Verantwortung. Man könnte es auch „Wege zum Populismus“ nennen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie versucht mit allen Mitteln, sich diesen Konflikten zu entziehen. Meine Damen und Herren, da von „Märchenstunde“ und von „kalter Kaffee“ gesprochen wurde, sage ich ganz deutlich:

(Widerspruch des Abg. Jan Korte [DIE

LINKE])

Distanzieren Sie sich von allen Straf- und Gewalttaten der linken Szene! Verhindern Sie politische Gewalt und bleiben Sie – sofern Sie es können – mit beiden Beinen auf dem Boden unseres Rechtsstaats. Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin Wawzyniak hat für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Halina Wawzyniak (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Willkommen im Berliner Wahlkampf. Das Abgeordnetenhaus befindet sich übrigens knapp 1 Kilometer Luftlinie entfernt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe kein Verständnis für diese Aktuelle Stunde. Ich weiß vor allen Dingen gar nicht, was Sie wollen. Wollen Sie über den Konflikt Liebigstraße reden? Wollen Sie über Mietenpolitik reden, oder wollen Sie über Gewalt reden? Zur Gewalt kann ich mich einfach nur wiederholen: Gewalt ist für die Linke kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der LINKEN – Beifall bei der
FDP – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Sagen
Sie das einmal Ihren Stalinisten!)

Gewalt ist auch kein Mittel linker Politik. Wir haben hier ein absurdes Theater im Rahmen einer Aktuellen Stunde, die von den eigentlichen Problemen ablenkt. Wir haben einen verfassungswidrigen Zustand beim Regelsatz von Hartz IV. Da kommt es zu keiner Lösung.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Apropos
Wahlkampf!)

Die Linke fordert einen Regelsatz von 500 Euro.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was hat das mit der
Liebigstraße zu tun?)

Wir haben außerdem keinen gesetzlichen Mindestlohn, obwohl ab dem 1. Mai die Arbeitnehmerfreizügigkeit gelten wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Aktuelle Stunde erweckt bei den Menschen im Land den Eindruck, dass wir zu einer Schwatzbude für regionale Angelegenheiten werden. Vielleicht beantragen Sie demnächst eine Aktuelle Stunde zum Ausbau der 27 Neckarschleusen zwischen Mannheim und Plochingen.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Teilnehmerin am runden Tisch und als jemand, der vor Ort bei der Räumung war, könnte ich einiges zur Liebigstraße sagen. Der Kollege Hans-Christian Ströbele könnte ebenso einiges dazu sagen. Aber er darf bei diesem Thema offensichtlich für die Grünen hier nicht mehr reden.

(Kai Wegner [CDU/CSU]: Das ist auch besser so!)

Da Sie alle offensichtlich keine Zeitung lesen, will ich einmal kurz die Fakten zusammenfassen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Aus der Zeitung!)

obwohl Herr Gunkel einen Teil davon schon aufgeführt hat.

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Frau Wawzyniak, wissen Sie, dass Berlin die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist?)

Das Haus wurde Anfang der 90er-Jahre besetzt. Es fand eine Legalisierung statt. Die rechtskräftige Kündigung bezog sich auf eine eingebaute Zwischentür, die sich im Übrigen seit Jahren in diesem Wohnobjekt befindet. Am runden Tisch teilgenommen haben Herr Ströbele, das Bezirksamt und ich. Die SPD war nicht vertreten. Die CDU und die FDP als bezirkliche Splitterparteien hatten eine Teilnahme offensichtlich nicht nötig.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Aufgrund seiner totalen Verhandlungsblockade für eine Lösung und seiner Gesprächsverweigerung trägt der Eigentümer, Herr Beulker, die Verantwortung für diesen Konflikt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie am Thema Liebigstraße interessiert sind, dann befassen Sie sich mit den Eigentümern Beulker und Thöne und deren Methoden der Verdrängung von Mieterinnen und Mietern. Ich sage nur: Eigentum verpflichtet. Das scheint für diese Herren ein Fremdwort zu sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie Interesse an der Liebigstraße haben, dann beschäftigen Sie sich bitte mit dem dahinter liegenden Problem, mit dem Problem der Verdrängung von Menschen und der Aufwertung von Quartieren, die es Menschen mit niedrigem Einkommen unmöglich macht, weiter in der Innenstadt zu leben. Das ist das Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

In vielen Gesprächen haben mir Mieterinnen und Mieter gesagt, dass sie das Recht auf Wohnen infrage gestellt sehen. Für mich bedeutet das Recht auf Wohnen auch, dass alternative und gemeinschaftliche Lebensformen ein Recht haben, in der Innenstadt zu leben.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Was ist mit dem Recht auf Eigentum?)

Wir sollten über die Immobilienspekulationen oder Ihre Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung reden.

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Wer hat denn Tausende von Wohnungen an Hedgefonds verkauft? Wer hat das denn getan? Wer hat diese Wohnungen verkauft? Tausende von Wohnungen! Wer?)

Dazu verweigern Sie Gespräche, Sie verweigern die Realität, Sie verweigern die Fakten. Kurz gesagt: Sie sind Totalverweigerer, und das ändert sich auch nicht durch Ihr Dazwischenbrüllen.

(Beifall bei der LINKEN)

In meinem Wahlkreis fand gestern eine Veranstaltung einer Betroffeneninitiative – die Wohnungen befinden sich in einem Sanierungsgebiet – statt. Dort sagte eine ältere Frau, dass sie in drei Jahren in Altersrente gehen wird und dass sie und ihr Mann sich die Wohnung dann nicht mehr leisten können. Darüber sollten wir reden, statt hier Pappkameraden aufzubauen.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Reden sie einmal mit Ihren Pappkameraden! – Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Wer erhöht denn die Gebühren? Sie setzen alles rauf! Wasserpreise ohne Ende! Und hier stellen Sie sich so hin?)

Wenn Sie wirklich etwas gegen Verdrängung aus Innenstädten, gegen Gentrifizierung tun wollen, dann kümmern Sie sich um die Fragen des Mietrechts und nicht um Scheinprobleme wie das sogenannte Mietnomadentum. Ich bin gespannt, wie Sie sich morgen zu unserem Antrag zum Mietrecht verhalten werden. Wir fordern einen Gesetzentwurf, mit dem rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, durch die Wohnen dauerhaft als soziales Grundrecht gesichert wird.

(Beifall bei der LINKEN – Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Dann setzen Sie das in Berlin um, bevor Sie hier solche Anträge stellen! Da können Sie das alleine!)

Ich bin gespannt, was Sie zu unserer Forderung, dass eine Räumung nur zulässig sein soll, wenn zumutbarer Ersatzwohnraum zur Verfügung steht, sagen werden. Wir fordern, dass jemand, dessen Einkommen unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt, nicht mehr als 30 Prozent des Einkommens für Wohnkosten aufwenden muss. Wir fordern auch den Stopp des Verkaufs öffentlicher Wohnungen und fordern eine Rekommunalisierung.

(Beifall bei der LINKEN – Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Sie reden vom Stopp? – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Das sagen Sie! Das ist ja interessant!)

Ich bin gespannt, wie Sie sich in Berlin verhalten werden, wo die Linke dafür streitet, den kommunalen Wohnungsbestand über die derzeit 15 Prozent hinaus auszuweiten.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Was sagt Ihnen der Name Harald Wolf?)

Kurz und gut: Die Aktuelle Stunde und Ihre Brüllerei zeigen nur, dass diese Regierung unfähig ist, die Probleme im Land zu lösen und die Frage des Mietrechts anzugehen. Die Frage des Mietrechts lautet: Wie verhindern wir, dass Menschen mit geringen Einkommen aus den Innenstädten verdrängt werden?

(Beifall bei der LINKEN – Stefanie Vogelsang
[CDU/CSU]: Handeln Sie, und reden Sie hier
kein falsches Wort!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege
Wieland das Wort.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was die Koalition mit der Beantragung dieser Aktuellen Stunde erreichen wollte, ist, denke ich, Frau Kollegin Wawzyniak, ganz eindeutig: Ihnen als rot-rotem Senat in Berlin etwas am Zeug zu flicken – das war die falsche Ebene; das haben Sie richtig gesehen – und uns bei der Gelegenheit auch noch etwas vorzuwerfen, nämlich dass der liebe Kollege Ströbele in der Liebigstraße nicht so agiert habe, wie sie es offenbar gerne wollte. Dazu sage ich zunächst einmal Folgendes: Nach der Räumung gab es Randalen, zum Beispiel in Hamburg – zurzeit unter CDU-Alleinregierung; dies ist nicht mehr lange so –, in Göttingen – dort gibt es eine schwarzgelbe Landesregierung – und in Rostock, wo die CDU mitregiert. Also hören Sie endlich auf, komplexe Fragen der inneren Sicherheit und des inneren Friedens plump auf eine Farbskala zu reduzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der LINKEN)

Dieser Stein fällt Ihnen auf die eigenen Füße. Gerade Sie, Herr Wegner – wir kennen uns nicht erst seit heute –, müssten doch wissen, dass in Berlin der größte Unfrieden um besetzte Häuser zu einem Zeitpunkt war, als Ihr Heinrich Lummer,

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Genau!)

dessen treuerster Schildknappe Sie waren, als Innensenator glaubte, ein Haus nach dem anderen räumen zu können. Zu der Zeit ging es richtig ab in dieser Stadt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der LINKEN – Stefanie
Vogelsang [CDU/CSU]: Zu der Zeit war Hamburg
kuschelig, oder wie?)

Machen Sie jetzt nicht madig, dass Kollege Ströbele, aber auch der Bezirksbürgermeister Franz Schulz versucht haben, zu einer Verhandlungslösung zu kommen. Kollege Ströbele hat drei Jahre lang Briefe geschrieben, er ist initiativ geworden und hat mit der Senatsverwaltung geredet. Er hat sich ganz lange für dieses Haus eingesetzt. Sie haben hier gesagt, das seien alles Gewalttäter und die Situation sei fürchterlich. Ihr früherer Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker war der Erste, der im Rathaus Schöneberg sogenannte Friedensgespräche mit verhandlungsbereiten Hausbesetzern, mit Kirchen und mit Verbänden initiiert und geführt hat.

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Dagegen hat
keiner etwas!)

Das war richtig, das war notwendig, und das hat dazu geführt, dass mehr als 100 besetzte Häuser legalisiert wurden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum ist es richtig, wenn es Richard von Weizsäcker tut, und warum ist es falsch, wenn sich Christian Ströbele darum bemüht?

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Das hat keiner gesagt!)

Das erklären Sie mir bitte!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Das hat kein Mensch gesagt, Herr Wieland!)

Nichts anderes haben der Bezirksbürgermeister und Christian Ströbele gemacht. Sie sagen, es sei eine riesige Doppelzüngigkeit der Grünen und eine Heuchelei,

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Ja! Hören Sie sich Ratzmann und Pop doch mal an! –
Gegenruf von der CDU/CSU: Die haben nun mal zwei Gesichter!)

dass der Berliner Fraktionsvorstand erklärt, die polizeiliche Räumung sei besonnen und klug durchgeführt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man kann doch sagen: Wir möchten diese oder jene Maßnahme verhindern. – Das machen wir sehr oft; denken Sie nur an Gorleben. Wenn die Maßnahme dennoch durchgeführt wird, können wir gleichzeitig sagen: Wir wollen, dass deeskalierend vorgegangen wird. Wir wollen, wie Herr Gunkel richtig gesagt hat,

(Wolfgang Gunkel [SPD]: Oh!)
professionelle Polizeieinsätze.
(Zuruf von der LINKEN: Eben! Das mögen wir nicht! – Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]:
Ja!)

Wenn sie stattfinden, dann loben wir sie auch. Das ist das Gegenteil von Doppelzüngigkeit. Das ist eine geradlinige, korrekte Haltung, die wir haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD – Stefan Liebich [DIE
LINKE]: Wir wollen Ströbele hören!)

Genauso eindeutig war bei allen, die von uns zu diesem Thema das Wort ergriffen haben, die Ablehnung von Gewalt. Wenn Sie das nicht verstehen, Frau Wawzyniak, und wenn Sie wirklich meinen, das sei keine einheitliche Haltung, dann haben Sie offenbar die gleichen Denkschemata wie die Autonomen im Kopf. Die können das auch nicht differenziert betrachten. Die können das auch nur einseitig beurteilen und glauben, hier gebe es einen riesigen Widerspruch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und
der FDP – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]:
Natürlich! Was sagen denn Herr Ratzmann

und die anderen dazu?)

Abschließend. Wir haben natürlich auch kritisiert, dass der rot-rote Senat die Suche nach einer Alternativlösung, einer Ersatzlösung nicht betrieben hat;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Stefanie Vogelsang [CDU/
CSU] – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Ich
würde gerne mal hören, was Ströbele dazu
sagt!)

dafür gibt es Beispiele. Ströbele weiß das genau,

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Warum redet
Ströbele denn nicht? – Halina Wawzyniak
[DIE LINKE]: Hätten Sie mal Ströbele reden
lassen! Der weiß es besser als Sie!)

und er hat es gesagt. Auch der Bezirksbürgermeister
weiß das genau.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Wir wollen
Ströbele hören!)

Es gab kein Ersatzangebot.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Doch! Gab
es!)

So etwas gibt es in anderen Bezirken.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Ach ja? In
anderen Bezirken?)

– Natürlich gibt es das in anderen Bezirken,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

in Mitte zum Beispiel das Atelierhaus Wiesenstraße und das Ex-Rotaprint-Gebäude. Aus dem Liegenschaftsfonds des Senats, in den die Bezirke all ihre Grundstücke übertragen mussten

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Genau!)

– sie konnten sie nicht behalten –, wurden Grundstücke zur Verfügung gestellt, und das wurde über eine Stiftung finanziert.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Richtig!
Dafür war das Geld auch!)

Das ist eine politische Lösung, die der Bezirk wollte und für die es vom Senat null Unterstützung gab.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Das ist ein
Ammenmärchen!)

Das müssen Sie sich sagen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg.
Stefanie Vogelsang [CDU/CSU])
Ihre Politik, Frau Wawzyniak, erst Zehntausende von
Wohnungen zu verkaufen – das hat Rot-Rot gemacht –
(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und
der FDP)

und dann die Wohnungen, die Sie gerade verkauft haben, zu rekommunalisieren,

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Ach! So ein
Quatsch! Ihr wollt doch alles verticken, was
noch geht! – Patrick Kurth [Kyffhäuser]
[FDP]: Sehr richtig! So war das!)

ist nun wirklich alles andere als glaubwürdig. Das ist Heuchelei.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Wo er
recht hat, hat er recht!)

Deswegen schreien Sie so. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der
SPD und der FDP – Patrick Kurth [Kyffhäuser]
[FDP]: Guter Mann! – Weiterer Zuruf von
der FDP: Ja, genau! Da tut es den Linken weh! –
Stefan Liebich [DIE LINKE]: Wir wollen
Ströbele hören!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Mayer hat für die Unionsfraktion das
Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Ich habe
Verständnis dafür, dass Ihnen, meine sehr verehrten Kollegen von den Oppositionsfraktionen,
diese Aktuelle Stunde denkbar unangenehm ist.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Quatsch! –
Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Wie bitte? Den Eindruck hatten wir gerade
aber nicht! Ein Grüner hat gesprochen, und die
Union hat geklatscht! Das war doch wunderbar!)

Mich befremdet aber – das muss ich in aller Deutlichkeit sagen –, dass Sie diese Aktuelle
Stunde als Wahlkampfgetöse, als Märchenstunde und als Klamauk abtun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte Sie auffordern – das ist sehr ernst gemeint –, dies den 61 Polizisten, die bei
diesem Einsatz verletzt wurden, zu sagen. Ich möchte Sie bitten, dies den Nachbarn der
Liebigstraße 14 zu sagen,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sicher! Wir gehen da nämlich hin, Sie aber nicht! – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tun wir! – Weiterer Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Geht doch mal mit da hin!)

die geradezu flehend Transparente mit der Aufschrift „Hier lebt und schläft ein Kind“ ins Fenster gehängt haben, weil sie Angst hatten, dass die Bewohner der Liebigstraße 14 Farbbeutel auf dieses Fenster werfen.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit wem haben Sie denn da geredet?)

Ich möchte Sie bitten, dies auch dem Inhaber des Autohauses, dessen Schaufenster zerstört wurden, zu sagen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: In der Liebigstraße? Da ist kein Autohaus! Schade, dass Sie sich in Berlin nicht auskennen!)

Ich möchte Sie bitten, dies auch den Geschäftsführern der beiden Kaufhäuser, die im Rahmen der Krawalle und der Ausschreitungen am 2. Februar dieses Jahres demoliert wurden, zu sagen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagen wir doch!)

Ich höre in diesem Haus von Ihrer Seite kein einziges Wort des Bedauerns für die Opfer dieser Krawalle; das fehlt mir.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie sprechen nur über die Täter, aber in keiner Weise über die Opfer. Um eines einmal klar zu sagen: Die Rechtfertigung für diese Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag ergibt sich nicht daraus, dass offenbar einige Linksautonome und Linksextreme in Deutschland und vor allem in Berlin – und zu ihnen gehören auch

(Mechthild Rawert [SPD]: Selbst in Bayern!)

Vertreter dieses Hauses – immer noch

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was für Linksextreme?)

in wie auch immer gearteten Hausbesetzerostalgieen und Hausbesetzereligkeiten schwelgen. Die bundespolitische Relevanz dieser Aktuellen Stunde ergibt sich daraus, dass es offenbar und offenkundig immer noch den Kern einer linksextremen und linksautonomen Szene hier in Deutschland und vor allem in Berlin gibt, die ein völlig verqueres Verständnis vom Rechtsstaat und Gewaltmonopol des Staates hat. Was genauso spannend ist und auch die Rechtfertigung für diese Aktuelle Stunde hier in diesem Haus darstellt, ist, wie manche politischen Verantwortungsträger in Berlin – aber auch seitens der Bundestagsfraktionen hier auf den Oppositionsbänken – auf diese unmöglichen Vorkommnisse reagiert haben. Ich möchte das Ganze noch einmal Revue passieren lassen. Es geht um ein Haus, das vor zwölf Jahren vom Land Berlin an zwei Privatpersonen verkauft wurde. Die Vermieter dieses Gebäudes haben nun seit vier Jahren

versucht, dieses Haus zu sanieren, und dafür ist es nun einmal erforderlich, dass das Haus leer ist. Es gab Räumungsklagen, und erst vor drei Wochen wurde ein Räumungstitel erwirkt.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt überhaupt nicht! Der ist schon ein Jahr alt! Sie haben keine Ahnung, Herr Mayer!)

Jetzt ging es darum, dass dieser rechtskräftige Räumungstitel durchgesetzt wird.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Versuchen Sie es einmal mit Fakten!)

Vor diesem Hintergrund ist es verwerflich und in keiner Weise akzeptabel, dass die Bewohner dieses Hauses weder diesen rechtsstaatlich erwirkten Titel noch das Gewaltmonopol des Staates akzeptiert haben. Sie sind in diesem Haus verblieben und haben es nicht nur weiterhin bewohnt, sondern auch verwüstet.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Schmarotzer!)

Wenn man manchen Stimmen nach dem Auszug bzw. nach der Räumung Glauben schenkt, dann ist es gar nicht mehr rentabel, dieses Haus zu sanieren. Vielmehr sei es wirtschaftlich rentabler, dieses Haus abzureißen. Daran sieht man, welche Auswüchse manche Vorkommnisse hier in Berlin annehmen. Insgesamt waren 2 500 Polizeibeamte im Einsatz, und es sind Kosten von über 1 Million Euro verursacht worden. Auch dies gilt es einmal an dieser Stelle festzuhalten, und ich bitte Sie, dem Steuerzahler zu erklären, dass allein mit dem Einsatz von 2 500 Polizeibeamten Kosten von mehr als 1 Million Euro verursacht wurden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Ausschreitungen am und um den 2. Februar in und um die Liebigstraße hier in Berlin zeigen in eklatanter und erschreckender Weise,

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Sie wissen gar nicht, wo die sich befindet!)

mit welcher Ignoranz die linksextreme und linksautonome Szene in Deutschland nach wie vor fremdes Eigentum,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In der Liebigstraße war es ganz ruhig! Wenn Sie dort gewesen wären, wüssten Sie das!)

Grundrechte wie Art. 14

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Eigentum verpflichtet!)

und auch Eigentum der öffentlichen Hand sieht. Ich möchte den Berliner Polizeipräsidenten zitieren, der diese Ausschreitungen und diese Krawalle als – ich zitiere wörtlich – „politisch motivierten Vandalismus“ bezeichnet hat. Es herrschte in Berlin an diesem Abend

und in dieser Nacht blanke Zerstörungswut, Spaß am Krawall, und die Ausschreitungen in der vergangenen Woche haben sogar die üblichen Ausschreitungen an und um den 1. Mai übertroffen.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Kompletter Unsinn!)

Es ist auch interessant, sich einmal näher vor Augen zu führen, wie die politischen Verantwortungsträger auf diese Krawalle reagiert haben. Vom Regierenden Bürgermeister hier in Berlin war überhaupt nichts zu hören.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Der nicht regierende Bürgermeister!)

Bei den Grünen war Vielstimmigkeit angesagt. Aus Opportunismus hat die Herausforderin des Regierenden Bürgermeisters, die Grünen-Fraktionsvorsitzende Künast, den Einsatz begrüßt. Es gab allerdings viele unter den Grünen – einige von ihnen sind auch hier im Deutschen Bundestag anwesend –,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

die Sympathie für die Hausbesetzer bekundet und die Räumung des Hauses kritisiert haben.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird jetzt schwierig ohne Namensnennung!)

– Das war der Kollege Ströbele, der ganz offen Sympathie mit den Hausbesetzern gezeigt und die Räumung des Hauses in der Liebigstraße 14 kritisiert hat. Den Vogel abgeschossen – und das sage ich jetzt zum Abschluss – hat die Parteivorsitzende der Linken, die sich wirklich erdreistet hat, zu behaupten, dass der Berliner Senat die Verantwortung für diese Ausschreitungen trage. Hier werden Ursache und Wirkung in eklatanter Weise verwechselt,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Altötting kann man das nicht verstehen!)

und auch das zeigt in beschämender und peinlicher Art und Weise, welches Rechtsverständnis und welches Verständnis von einem freiheitlich demokratischen Staat in der Reihen der Linkspartei vorherrscht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Schulz hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Swen Schulz (Spandau) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir einmal einen Zeitungsartikel herausgesucht. Darin geht es um die Räumung besetzter Häuser in Berlin. Ich will daraus zitieren: Dort ist die Rede von „Straßenschlachten“, die bis in die späte Nacht in Berlin tobten – mit 20 Brandstiftungen, 93 verletzten Polizisten, 143 beschädigten Polizeifahrzeugen, über hundert verletzten Demonstranten. Das ist eine schlimme Bilanz, aber das ist nicht die Bilanz von vor ein paar Tagen in der Liebigstraße, sondern dieser Artikel stand im Jahr 1981 im *Spiegel*. Der

verantwortliche Innensenator war Heinrich Lummer von der CDU.

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Das war mir
beim ersten Buchstaben Ihres Zitats klar!)

Ich lebe schon lange in Berlin, und ich kann mich noch sehr gut an die Situation in den 80er-Jahren und daran erinnern, was am 1. Mai insbesondere in Berlin-Kreuzberg immer passiert ist.

(Dr. Thomas Feist [CDU/CSU]: Da waren Sie
immer dabei!)

Das waren sehr, sehr schlimme Situationen, die auch von CDU-Innensensatoren verantwortet wurden.

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Aber Herr
Schulz, es geht um die Gegenwart und die Zukunft!)
Bei allen Problemen, die wir heute haben, kann ich da
nur sagen:

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Wer hat die
Verantwortung?)

Es ist gut, es ist vernünftig und es ist wirklich ein Segen für die Stadt, dass wir jetzt einen Senat haben, der auf Deeskalation setzt und das Konzept der ausgestreckten Hand praktiziert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Um das für die SPD ganz klar zu sagen: Wir dulden Rechtsbruch nicht – ganz eindeutig.

(Beifall bei der SPD – Dr. Günter Krings
[CDU/CSU]: Es ist aber offensichtlich nötig,
das zu sagen! Für uns ist das sicher! Es erwartet
niemand, dass das von uns betont wird!)

Natürlich wäre auch in dieser Situation eine friedliche Lösung wie sonst auch besser gewesen, doch wenn ein Gerichtsurteil vorliegt, dann muss das auch durchgesetzt werden – im Zweifelsfall auch mithilfe der Polizei.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Aha!)

Alles andere wäre die Kapitulation des Rechtsstaates.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der
FDP – Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Es geht
doch, Kollege Schulz!)

Ich will auch den Kolleginnen und Kollegen von den Linken und von den Grünen, die sich hier ein bisschen – ich sage es einmal so – differenziert geäußert haben, sagen: Man muss auch einmal sehen, dass wir hier über Verbarrikadierung, über Sachbeschädigung und teilweise auch über Körperverletzung reden. Man muss sich das einmal angucken. Teilweise wurden Fußböden unter Wasser gesetzt und Stromkabel freigelegt. Innensenator Körting hat vollkommen recht: An dieser Stelle darf es keine falsche Sympathie geben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der
FDP)

Ich will an dieser Stelle auch den Beamtinnen und Beamten, den Polizistinnen und Polizisten, ganz herzlich für ihren engagierten, couragierten und mit Augenmaß versehenen Einsatz danken. Ich glaube, das sollten wir hier im Deutschen Bundestag auch einmal gemeinsam tun.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Stefanie Vogelsang [CDU/CSU], an die Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE] gewandt: Wo bleibt Ihr Applaus, Frau Wawzyniak?)

Genauso vollkommen klar ist aber, dass alleine mit polizeilichen Mitteln solche Ereignisse nicht zu verhindern und solche Probleme nicht zu lösen sind. Das haben CDU-Innensenatoren über Jahre immer wieder erfolglos und im Zweifelsfall auf dem Rücken der Polizei versucht. Die Polizistinnen und Polizisten mussten die Knochen für die Fehler dieser Politik hinhalten.

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Das war übrigens eine Große Koalition!)

Wir müssen eine gute und soziale Politik machen, mit der verhindert wird, dass Extremisten Zulauf bekommen. Das liegt auch in der Verantwortung der Bundespolitik und natürlich auch der jetzigen Regierungskoalition.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich will in diesem Zusammenhang nur ein Beispiel ansprechen, nämlich die Modelle und Projekte des Programms „Soziale Stadt“. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CDU, der CSU und der FDP, die Mittel dafür haben Sie zusammengestrichen.

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Nach Ihrer Auffassung führen sie zu einer Gentrifizierung!)

Dabei sind gerade die Projekte des Programms „Soziale Stadt“ ein wichtiges Mittel, um die Quartiere zu stabilisieren, um den Menschen zu helfen, um in einen Dialog zu kommen und um den Extremisten nicht das Feld zu überlassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist deren Scheinheiligkeit!)

Es gab eine ganze Menge Demonstrationen, als die Bundesregierung ihre Kürzungspläne veröffentlicht hat. Ich selber habe teilweise an den Aktivitäten teilgenommen. Es gab die Forderung von den Engagierten vor Ort an die Kolleginnen und Kollegen von der CDU, der CSU und der FDP, diese von der Bundesregierung vorgeschlagenen Kürzungen doch zurückzunehmen. Was war das Ergebnis? Sie haben diese Kürzungen noch ausgeweitet. Sie haben die „Soziale Stadt“ kurz und klein geschlagen. Das muss man in diesem Zusammenhang auch einmal erwähnen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Lange [Backnang] [SPD]: So sind sie!)

Das ist falsche Politik.

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Nachdem Sie vorher 500 Sozialarbeiterstellen abgezogen haben, sollten Sie das jetzt auch erwähnen!)

Sie sollten Ihrer Verantwortung gerecht werden, statt andere zu kritisieren. Mit Ihrer Politik der sozialen Kälte legen Sie die Lunte in die Städte. Korrigieren Sie das, statt sich hier aufs hohe Ross zu schwingen! Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Das ist beschämend für alle Rechtsgläubigen!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Thomae das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Stephan Thomae (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP macht sich immer und jederzeit zum Anwalt der Vielfalt der Lebensentwürfe und Lebensformen, auch alternativer Lebensentwürfe und Lebensformen, aber nicht auf Kosten und zulasten anderer. Die Entfaltungsfreiheit findet in der Rechtsstaatlichkeit ihre Grundlage und ihre Grenzen. Ich bedauere es sehr, dass aufseiten der Grünen hierzu noch keine einheitliche und eindeutige Haltung gefunden worden ist. Was der grüne Bezirksbürgermeister Schulz dazu zu sagen hatte, waren lediglich Worte des Bedauerns. Er fand es einen schweren Verlust, was angesichts der Räumung des Hauses passiert. Ich finde es auch bemerkenswert, Kollege Ströbele – das kann ich Ihnen nicht ersparen –, dass Sie lediglich dem Geld nachgetrauert haben, das der Polizeieinsatz zur Räumung des Hauses gekostet hat. Sie sagten – ich erlaube mir, zu zitieren –: „Für den Preis hätte der Senat auch ein Haus kaufen und es den Bewohnern zur Verfügung stellen können.“ Das ist ein wörtliches Zitat.

(Lachen bei der FDP und der CDU/CSU –
Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Das war das Angebot! – Dr. Günter Krings [CDU/CSU]:
Unfassbar!)

Ich will dazu zum Ersten anmerken, dass den Besetzern sogar ein Haus angeboten worden ist, nämlich in Pankow, das aber als unzumutbar abgelehnt worden ist. Vielleicht war es ihnen nicht zentral genug.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Das ist Quatsch! Die Bewohner haben es als ungeeignet abgelehnt!)

Zum Zweiten wird daran ein merkwürdiges Verständnis deutlich. Denn wenn man diesen Gedanken um die Ecke und zu Ende denkt, dann heißt das, dass der Staat selber schuld ist, wenn er derartige Bürgerwünsche nicht erfüllt und die Kosten tragen muss, weil die Bürger ihr Recht selber in die Hand nehmen wollen; hätte der Senat den Bewohnern ein Haus gekauft, dann wäre all das nicht passiert. – Wer so argumentiert, der ermutigt letztlich, auch anderen Sonderwünschen durch Gewalt auf der Straße Nachdruck zu verleihen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich halte das für sehr bedenkenswert und warne vor einer solchen Brandstiftung, die sich leicht zu einem Flächenbrand auch in anderen Städten des Landes ausweiten kann. Schon wurde in Nordrhein-Westfalen beim Kinderschutzbund ein Schaufenster eingeschlagen, weil ein Mitarbeiter des Kinderschutzbundes angeblich ein Miteigentümer des Hauses Liebigstraße 14 ist. So weit kann es kommen. Das hat rein gar nichts mit Entfaltungsfreiheit zu tun. Es ist nur ein Vorwand, den Staat zu erpressen: Wenn du Ruhe haben willst, dann tu, was wir sagen! – Das darf ein Rechtsstaat nicht dulden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Ich will mich auch an die Linke wenden, Frau Kollegin Wawzyniak, weil auch Sie versucht haben, dem Eigentümer die Schuld in die Schuhe zu schieben, weil er Gespräche mit den Bewohnern verweigert habe und nicht an einer politischen Lösung interessiert gewesen sei.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Richtig!
Das haben Sie begriffen!)

– Das haben Sie gesagt. Richtig. Aber ich frage mich, warum der Eigentümer des Hauses an einer politischen Lösung interessiert sein muss, wenn die Kündigung der Mietverträge rechtmäßig und der Räumungstitel rechtskräftig ist. Dann gibt es keinen Grund, warum der Eigentümer nicht daraus vollstrecken darf.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU – Halina Wawzyniak [DIE
LINKE]: Weil Eigentum verpflichtet!)

Das ist in meinen Augen ein bemerkenswerter Versuch, den Eigentümern die Schuld in die Schuhe zu schieben. Das werden wir zurechtrücken, meine Damen und Herren.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Dass Sie
„Eigentum verpflichtet“ nicht akzeptieren, ist
mir klar!)

Ich will abschließend mit Erlaubnis der Präsidentin eine bemerkenswerte Äußerung eines 30-jährigen Autonomen aus Leipzig zitieren,

(Mechthild Rawert [SPD]: Außerhalb von
Berlin!)

der extra nach Berlin angereist ist, Frau Kollegin, um hier mit zu demonstrieren. Er klagte wörtlich, dass immer mehr linke Freiräume verloren gehen. Wenn linke Freiräume dasselbe sind wie rechtsfreie Räume, dann, meine ich, ist der Verlust an linken Freiräumen leicht zu verschmerzen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Schuster hat für die Unionsfraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten
der FDP)

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir diese Debatte führen, und das aus drei Gründen: Erstens. Wir verurteilen die in Berlin leider schon üblich gewordene Randalie wie vergangene Woche oder am 1. Mai ausdrücklich und scharf. Welcher absurde Kontrast, wenn regionale Politiker hier verharmlosend von Fun Events gewalttätiger Jugendlicher sprechen!

(Mechthild Rawert [SPD]: Wo waren Sie denn bei der Rede von Herrn Schulz?)

Herr Gunkel, Sie haben eben gerade „Rambazamba“ gesagt. Für mich ist das zu verharmlosend. Ich halte es lieber mit dem Polizeipräsidenten Glietsch, der das Ganze politisch motivierten Vandalismus nennt und von blinder Zerstörungswut und wahlloser Sachbeschädigung spricht. Darüber muss man im Deutschen Bundestag reden. Zweitens müssen wir im Deutschen Bundestag auch darüber reden, dass die Berliner Verhältnisse zu Solidarisierungsaktionen in ganz Deutschland führen, wie in der vergangenen Woche in Hamburg, Saarbrücken und Rostock oder auch in Göttingen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wundern darf man sich über diese Ausstrahlungswirkung von Berlin aber nicht. Immerhin haben die hiesigen Hausbesetzer

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Keine Hausbesetzer! Mieterinnen und Mieter!)

im vergangenen Jahr zu einer europaweiten Konferenz mit dem Thema „Straßenkampf“ eingeladen, und die Gesinnungsgenossen sind gekommen. Die Folgen davon erleben wir jetzt im ganzen Land. Lieber Kollege Mayer, ich glaube, wir in Baden-Württemberg und Bayern verstehen unter einem Geberland etwas anderes. Berlin hat jetzt zum ersten Mal gezeigt, dass es auch etwas geben kann: Gewalt. Aber das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Christian Lange [Backnang] [SPD]: So wird
Berlin nachgemacht!)

Drittens. Schwere Ausschreitungen in Berlin und Hamburg, Parolen wie: „Tritt den Bullen ins Gesicht, bis der Schädel bricht“, 61 verletzte Polizisten. Meine Damen und Herren, wir wünschen uns, dass Protest in anderen Ländern gewaltfrei stattfindet. Wir appellieren in dieser Form, waren aber in der vergangenen Woche ein ganz schlechtes Vorbild; das möchte ich einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heißt denn „wir“?)

Sogar die *taz* schreibt am 4. Februar: Es ist nicht nur die Politik der Zeichen, auch der Gewalt. Es ist ein Kampf auf der Straße überall und dessen Inszenierung ohne Rücksicht auf Verluste. Meine Damen und Herren, es geht den autonomen Chaoten nicht um eine Auseinandersetzung, um ein politisches Thema oder um eine Botschaft. Wir erleben bei „Liebig 14“ das Ende eines linksradikalen Hausprojekts, eines Projekts ohne jede gesellschaftliche Relevanz. Alternative Lebensformen gewaltsam durchzusetzen, erzeugt in Deutschland schon längst keine Solidarisierung mehr. Genau genommen ist es ein anachronistischer Rückfall in die Zeiten der 80er- und 90er-Jahre. Das ist aus meiner Sicht ganz eindeutig das Ergebnis einer Stadtpolitik, die linksextreme Gewalt viel zu lange schon verharmlost.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dafür müssen wir die Regierenden in Berlin endlich zur Verantwortung ziehen, oder sie müssen beginnen, sich verantwortlich zu fühlen

(Beifall der Abg. Stefanie Vogelsang [CDU/CSU] – Mechthild Rawert [SPD]: Wer ist denn „wir“? – Zuruf von der CDU/CSU: Abwählen!
– Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das werden die Wähler tun!)

für brennende Autos, besetzte Häuser, autonome Banden, die wahllos in dieser Stadt Sachbeschädigungen begehen.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: CDU 17 Prozent, FDP 4 Prozent! – Gegenruf der Abg. Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Aber am 18. September 35 Prozent, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, die Berliner haben ein anderes Maß an öffentlicher Sicherheit und Ordnung verdient, und die Bundesbürger haben ein anderes Maß an öffentlicher Sicherheit und Ordnung in ihrer Bundeshauptstadt verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es reicht auch nicht – das sage ich ganz ausdrücklich –, den Polizeibeamten für einen guten – da stimme ich Ihnen zu, Herr Gunkel – Einsatz zu danken. Das ist mir zu wenig. Für die Polizei ist es nicht sinnstiftend, sich mit einer größtmöglichen Zahl an Einsatzkräften immer wieder aufs Neue um eine gute Handvoll gewaltbereiter Chaoten kümmern zu müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Letztlich baden die eingesetzten Beamten eine gescheiterte Politik aus, die eine linke Kiezszene mit Kultstatus versehen soll, ja, zum Markenimage von Berlin machen soll,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Weil sie wirklich Ahnung von Berlin haben!)

nur, dass die Folgen dieser Politik in dieser Stadt keiner mehr im Griff zu haben scheint. Es wird daher höchste Zeit, dass diese stolze Stadt endlich eine Regierung bekommt, die Gewalttritualen linker Chaoten konsequent und frühzeitig entgegentritt

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

und die in der Lage ist, den Berlinern eine erfolgreiche Politik für ihren städtischen Raum zu gestalten

(Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Also, laut Statistik ist die besser geworden in den letzten Jahren, nicht schlimmer!)

und den Deutschen wieder eine Hauptstadt mit Glanz und Würde zu präsentieren. Dafür braucht es Freiheit und Sicherheit. Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Dr. Luczak hat für die Unionsfraktion das Wort.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Nein,
Frau Rawert ist dran!)

– Entschuldigung, mir ist die falsche Redeliste vorgelegt worden. Die Kollegin Mechthild Rawert hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Mechthild Rawert (SPD):

Ich hätte Ihnen gerne den Vortritt gelassen, Herr Luczak.

(Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Sie haben
den Vortritt am Rednerpult, ich im Wahlkreis!)

– Schauen wir einmal, wie lange das hält. Liebe Berliner und Berlinerinnen und vor allen Dingen liebe Nichtberliner, ich bin Berlinerin und freue mich, Sie alle hier in Berlin begrüßen zu dürfen,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

unabhängig davon, ob Sie in Friedrichshain oder in Spandau leben. Sie selber machen deutlich, wie schön diese Stadt ist, wie wild und sexy sie ist – um unseren Regierenden Bürgermeister zu zitieren –, wie intensiv Sie um Stadtentwicklung bemüht sind. Herr Wegner, ich bin sehr enttäuscht, dass ausgerechnet ein Spandauer – wie man so schön sagt: Spandau bei Berlin –

(Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Ist denn
schon Karneval?)

versucht, in dieser Aktuellen Stunde eine Debatte über Extremismus zu führen. Angesichts Ihrer heutigen Auslassungen zu potenziellem Extremismus hoffe ich, dass Sie in Kürze im Hinblick auf die notwendige Abschaffung der Extremismusklausel genauso aktiv werden; denn diese Klausel, die Ihre Ministerin befürwortet, greift genau das auf, was Sie ständig versuchen, nämlich Menschen unter Generalverdacht zu stellen und dabei auf dem einen Auge blind zu sein. Die Rechtslage im Zusammenhang mit dem Projekt „Liebig 14“ ist schon erläutert worden; das möchte ich nicht wiederholen. Der Kollege Gunkel und der Kollege Schulz haben die Rechtslage sehr kompetent dargelegt. Dass die Polizei hier einen rechtsstaatlichen Dienst geleistet hat, ist, denke ich, unumstritten. Wir danken ihr für den Einsatz und vor allen Dingen für die Umsetzung des Konzeptes der ausgestreckten Hand. Das hat im Übrigen eine gute Tradition hier in Berlin und wird auch im Hinblick auf den kommenden 1. Mai gelten.

(Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Es sind
ganz schön viele ausgestreckte Hände notwendig!)

Zu Recht wurde vorhin darauf hingewiesen, dass man sich bei Stuttgart 21 schlicht und ergreifend Berlin zum Vorbild hätte nehmen sollen, gerade was Polizeieinsätze betrifft.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: So ist
es!)

Ein anderer Anwurf war der Hinweis auf die potenzielle Gewaltbereitschaft in dieser Stadt. Die Berliner Parteien – in diesem Fall leider ohne die FDP – haben explizit eine Resolution zur Vermeidung von Gewaltaktionen verabschiedet.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: So ist es: ohne die FDP!)

Auf diesen gemeinsamen Grundbeschluss hier in Berlin – wohlgemerkt: ohne die FDP –

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Wollen die nicht oder können die nicht?)

bin ich stolz. Das können alle Berliner Politikerinnen und Politiker durchaus sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Mayer, die bundespolitische Relevanz dieses Projekts hat sich mir in Ihren Äußerungen nicht so ganz erschlossen. Aber das, was der Kollege Swen Schulz gesagt hat, ist auf jeden Fall richtig: Die von Ihnen zu verantwortende Zerstörung des Programms „Soziale Stadt“ wird flächendeckende Auswirkungen haben, und zwar nicht nur hier in Berlin. Dass Sie 75 Prozent der Teilhabemöglichkeiten kaltherzig gestrichen haben und dass es nur noch möglich ist, Investitionen in Steine zu tätigen,

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Das rechtfertigt diese Gewalt?)

ist Ausdruck einer unsozialen Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist nicht nur ein flächendeckender Unsinn, sondern das ist ein soziales Verbrechen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Jan-Marco Luczak [CDU/CSU]: Ein bisschen abrüsten vielleicht! Verbrechen ist etwas anderes!)

Es gibt heute keine Liveübertragung dieser Debatte. Vielleicht hatten Sie sich das bei der Inszenierung der heutigen Sitzung gewünscht. Ich wünsche mir, dass Sie dabei sind, wenn wir demnächst in Dresden gegen die NPD auf die Straße gehen. Dann reden wir weiter über Gewalt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Nun hat der Kollege Luczak für die Unionsfraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Jan-Marco Luczak (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich selber bin Berliner Abgeordneter. Deswegen freue ich mich normalerweise sehr, wenn die Aufmerksamkeit auf unserer schönen Stadt liegt. Aber wenn man sich anschaut, weswegen die Aufmerksamkeit

auf Berlin gelegen hat – es waren die Umstände rund um die Räumung der Liebigstraße 14 –, dann muss man feststellen, dass das bestimmt nicht das ist, was wir unter Imageförderung verstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Mechthild Rawert [SPD]: Negativwerbung zulasten Berlins! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Hören Sie einmal zu! – Denn wieder einmal ist die Hauptstadt durch Chaoten und gewaltbereite Autonome aufgefallen, und das nur, weil eine Handvoll Anhänger, die sich in alternativen Lebensformen verwirklichen wollten, und ihre mehrere Tausend gewaltbereiten Sympathisanten meinten, sie könnten selbst bestimmen, was in unserem Land Recht und Gesetz ist. Das nehmen wir nicht hin.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Jetzt stellt sich die Frage: Wie bewerten wir eigentlich diesen Vorgang politisch? Es gibt schon einige bemerkenswerte Unterschiede, wenn man genau hinschaut. Zunächst einmal können wir festhalten: Die Polizei hat diese Herkulesaufgabe, die es wirklich war, mit Bravour gemeistert.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Jawohl!)

Darin sind wir uns, wenn man es oberflächlich betrachtet, erst einmal alle einig. Man muss festhalten: Diese Frauen und Männer haben das Recht und das Gesetz in unserem Land durchgesetzt und schützen damit unseren Rechtsstaat. Wer einen Polizisten angreift, wie das in der Liebigstraße passiert ist, greift nicht nur den Menschen in Uniform an, sondern er greift auch unseren Rechtsstaat und unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung an.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen verdienen diese Polizisten unser aller Unterstützung. Wenn man sich die Unterstützung anschaut, stellt man die ersten Unterschiede fest. Natürlich betonen erst einmal alle, dass sie hinter den Polizeibeamten stehen, und behaupten, alles sei gut gelaufen.

(Mechthild Rawert [SPD]: Wir wünschen ihnen gute Besserung!)

Wenn man aber genauer hinschaut, dann fällt zum Beispiel die aktuelle Große Anfrage der Fraktion der Grünen ins Auge. Sie ist vom 19. Januar 2011. Wenn man diese liest, kommen schon einige Zweifel auf. In dieser Großen Anfrage fordern die Grünen nämlich „eine an den Bürgerrechten ausgerichtete Polizei“. Sie sprechen in diesem Zusammenhang von „exzessivem Verhalten“ und „ungehemmten Aggressionsausbrüchen“.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unglaublich!)

Sie beklagen ein unzureichendes Antiaggressionstraining der Polizeibeamten. Ich glaube, sie verwechseln einiges. Wenn man sich die Ereignisse in der Liebigstraße 14 anschaut,

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Sie waren doch gar nicht vor Ort!)

dann wird ganz klar, wer ein Antigewalttraining braucht. Das ist nicht die Berliner Polizei, sondern es sind Linksautonome, die das brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Mechthild Rawert [SPD]: Die Abendschau hat ausgesprochen friedlich berichtet, es gab keine Gewaltbilder!)

Dass Sie an dieser Stelle etwas verwirrt sind, ist irgendwo verständlich. Schauen wir uns einmal an, was der Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Schulz, sagt.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles richtig, was er sagt!)

Er sagt, es sei kein schöner Tag, der Verlust des alternativen Wohnprojekts sei ein Rückschlag für die kulturelle Vielfalt in seinem Bezirk.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Da hat er recht!)

Dazu muss man sagen: Wer die kulturelle Vielfalt über unser Recht stellt, ist doch wohl falsch im Amt des Bezirksbürgermeisters.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat er doch nicht gemacht! Meine Güte!)

Jetzt kommen wir zum Kollegen Ströbele, der wieder da ist. Sie haben, wenn ich es richtig gesehen habe, in der Presse dieses alternative Wohnprojekt als Markenzeichen Berlins bezeichnet. Ich weiß nicht, wie es Ihnen, meine Damen und Herren, geht. Auf Markenzeichen, die von gewaltbereiten Leuten bewohnt werden, kann ich sehr gut verzichten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Ströbele, man muss festhalten: Berlin hat ganz andere Markenzeichen. Berlin hat den Berliner Bären,

(Mechthild Rawert [SPD]: Buddies!)

Berlin steht für die friedliche Überwindung der deutschdeutschen Teilung und der Mauer, die mitten durch die Stadt ging, und vieles mehr. Das sind die richtigen Markenzeichen Berlins, nicht aber linksautonome Projekte wie die in der Liebigstraße.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die Schultheissberliner wie Sie!)

Jetzt kommen wir – das ist schon angesprochen worden – zu der Bundesvorsitzenden der Linken. Da wird es wirklich ganz absurd. Sie sagt, sie hätte sich eine politische und friedliche Lösung gewünscht. Dann schiebt sie die politische Verantwortung dem Berliner Senat zu. In dem Falle hat sie zwar recht, aber vermutlich hat sie vergessen, dass die Linke seit zehn Jahren in dieser Stadt mitregiert. Das ist doch wirklich an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Mechthild Rawert [SPD]: Sie sind ja nur neidisch!)

Wir brauchen gar nicht neidisch zu sein, Frau Rawert. Wir schauen einmal, wie das nach dem 18. September aussieht, und dann sehen wir, wer in dieser Stadt künftig Verantwortung trägt.

(Mechthild Rawert [SPD]: Sie nicht! – Gegenruf
von der CDU/CSU: Sie sind ungeduldig! –
Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN]: Darum geht es also! Missbrauch der
Aktuellen Stunde! Jetzt wissen wir es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Linken, mit der Scheinheiligkeit kennt sich Frau Löttsch nun wirklich aus. Wer die „Wege zum Kommunismus“ sucht und sich dabei nicht scheut, Veranstaltungen gemeinsam mit ehemaligen RAF-Terroristen durchzuführen, disqualifiziert sich an dieser Stelle wirklich selbst.

(Mechthild Rawert [SPD]: Das war in Ihrem
Wahlkreis! Vorsicht! – Lachen bei der CDU/
CSU)

– Das tut gar nichts zur Sache. Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum Schluss. In Deutschland und besonders in Berlin ist nun wirklich viel Platz für bunte Lebensweisen, und das ist auch in Ordnung so. Aber in unserem Land ist kein Platz für Straftäter und Chaoten, deren einziges Ziel es ist, ihre Interessen auf Kosten anderer rücksichtslos und mit Gewalt durchzusetzen. In unserem Land ist kein Platz für die „Wege zum Kommunismus“, wie sie die Linken suchen. In unserem Land ist kein Platz für die Verherrlichung oder Verharmlosung von links- oder rechtsextremer Gewalt. In unserem Land ist auch kein Platz für Angriffe auf Polizisten. Weil das so ist, ist in unserem Land auch kein Platz für Argumentationen, wie sie uns die Linken und die Grünen hier anbieten: widersprüchlich, inkonsequent und ohne klare Abgrenzung zu den Linksautonomen.
Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Eine Große
Koalition machen wir trotzdem nicht!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung angelangt. Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 10. Februar 2011, 9 Uhr, ein. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 18.37 Uhr)